

Plenarrede von Josip Juratovic MdB zum Antrag der Linken: „Gute Arbeit in Europa stärken – Den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland am 1. Mai 2011 einführen“ am 16.12.2010 im Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Zimmer, vielen Dank für Ihren wissenschaftlichen Beitrag. Aber nun möchten wir uns den Menschen in diesem Land widmen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir über Europa und **Arbeitnehmerfreizügigkeit** reden, die ab dem 1. Mai 2011 für acht weitere EU-Staaten gilt, dann spüre ich bei den meisten Menschen vor allem **Verunsicherung, ja auch oft Angst**.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Ja!)

Sie fürchten, dass Arbeitnehmer aus osteuropäischen Staaten nach Deutschland kommen, um hier zu Niedriglöhnen und unter schlechten Bedingungen zu arbeiten. Besonders transnationale Leiharbeitsfirmen wollen die Arbeitnehmerfreizügigkeit ausnutzen.

Herr Dr. Wadephul, es ist kein Geheimnis, dass **deutsche Leiharbeitsfirmen bereits Verträge vorbereiten, um vermeintlich teure deutsche Leiharbeiter durch billigere polnische oder tschechische Leiharbeiter zu ersetzen**. Der polnische Arbeitgeberpräsident spricht von Löhnen zwischen 2 und 5 Euro für polnische Leiharbeiter. Das sind Ersparnisse für die Unternehmen von bis zu 5 Euro pro Stunde und Mitarbeiter. Damit halten menschenunwürdige Entlohnung und unfaire Arbeitsbedingungen Einzug auch in unseren Arbeitsmarkt. **Wir wollen keine Angst vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit schüren; aber dieser Gefahr, die ab dem 1. Mai droht, muss die Bundesregierung schleunigst begegnen**.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Klaus Ernst (DIE LINKE))

Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP, was Sie zu dieser Thematik in den letzten Wochen gesagt haben, war sehr konfus. Die Union ist auf einmal für einen Mindestlohn in der Leiharbeit.

(Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU): Waren wir schon immer!)

Auch das Schauspiel von Ursula von der Leyen bekommt einen neuen Akt: Sie macht sich plötzlich Sorgen um deutsche Leiharbeiter. - Nun gut, aber leider sind Sie zu spät: **In der Großen Koalition hätten wir mit Leichtigkeit einen solchen Mindestlohn umgesetzt**.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kriegen Sie das mit der Dagegen-Partei FDP nicht mehr hin.

(Pascal Kober (FDP): Das verwechseln Sie! Das sind die Grünen!)

- Das gilt für Sie.

(Beifall bei der SPD)

Selbst die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert einen Mindestlohn in der Leiharbeit. Trotzdem verweigern sich die Liberalen. Kolleginnen und Kollegen von der FDP, welches Klientel vertreten Sie eigentlich noch, wenn Sie nicht einmal mehr die Arbeitgeberforderungen unterstützen?

(Beifall bei der SPD - Hubertus Heil (Peine) (SPD): Fast 3 Prozent!)

Herr Kolb, ich schätze Sie als einen vernünftigen Kollegen.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Danke!)

Sie haben die Problematik bereits erkannt, wie wir alle wissen. Reden Sie doch noch einmal mit Ihrem Vorsitzenden, Herrn Westerwelle, und bringen Sie endlich Ordnung in Ihre Arbeitsmarktpolitik, am besten durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine positive Errungenschaft, die wir in Europa geschaffen haben. Wir haben vier Dimensionen in Europa: den gemeinsamen Markt, die offenen Grenzen, die gemeinsame Währung und die soziale Dimension. Die ersten drei Dimensionen haben wir erfolgreich umgesetzt. Nun gilt es den sozialen Frieden in Europa zu sichern. Europa heißt nicht nur, dass wir uns um den Euro oder die Finanzkrise kümmern. **Europa bedeutet auch, dass wir Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Menschen garantieren.**

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE))

Dazu gehören auch faire Arbeitsbedingungen. **Deshalb müssen wir Lohn- und Sozialdumping mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern und den gesetzlichen Mindestlohn einführen.**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mit Lohn- und Sozialdumping schwächen wir zum einen unsere anständigen Unternehmer, die bei dem ständigem Unterbieten nicht mithalten können und wollen. Zum anderen schwächen wir mit Niedriglöhnen unsere Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer hier in Deutschland verlieren entweder ihren Job, weil es billigere Arbeitskräfte aus anderen Ländern gibt, oder sie müssen zu Hungerlöhnen arbeiten - diese Gefahr besteht -, um mit der ausländischen Konkurrenz mithalten zu können.

Das sind Verwerfungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die auftreten, wenn wir nicht politisch handeln, und zwar vor dem 1. Mai 2011.

(Beifall bei der SPD)

Unser Grundprinzip muss lauten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das ist keine Gleichmacherei, sondern Grundlage für Anstand, Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der Linken, die Forderung nach Einführung eines Mindestlohns und der Aufnahme aller Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz teile ich. Aber ich teile nicht Ihre Analyse, dass allein mit Einführung eines Mindestlohns alles getan wäre, um uns auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit vorzubereiten. Ihre Forderungen greifen etwas zu kurz. Wir brauchen zum Beispiel auch eine grundlegende Regelung zur Beratung von entsandten Arbeitnehmern.

Herr Staatssekretär Fuchtel, hören Sie zu. Sie können der Arbeitsministerin überbringen, welche Erfahrungen ein Facharbeiter bei diesem Thema gemacht hat. Wir müssen nämlich auch regeln, wie entsandte Arbeitnehmer in unser System der Mitbestimmung integriert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass auftraggebende Unternehmer haften, wenn Subunternehmer aus dem Ausland Lohn- und Sozialdumping betreiben. Wir brauchen eine wirksame Kontrolle; denn die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist derzeit personell nicht dazu in der Lage. - **Dies sind einige der Forderungen, neben der Einführung eines Mindestlohns, die die SPD-Fraktion nach der Weihnachtspause in einem eigenen Antrag einbringen wird.**

(Beifall bei der SPD)

Die Einführung eines Mindestlohns allein reicht nicht aus, um den Menschen in Deutschland Schutz zu gewähren.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine tiefer gehende Bemerkung in eigener Sache: Als jemand, der als Gastarbeiter nach Deutschland kam, vom Ausländer zum Migranten und heute zu einem Deutschen mit Migrationshintergrund wurde - eigentlich wollte ich immer nur ein Mensch sein -, ist mir wichtig, dass wir einen Fehler aus der Zeit der Gastarbeiter nicht wiederholen: **Bei der Debatte um Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit müssen wir uns immer vor Augen halten, dass Menschen zu uns kommen und nicht nur Arbeitskräfte.** Das ist eben auch ein wichtiger Aspekt für eine gelungene Integrationspolitik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)